



**Textdokumentation**

**zur Veröffentlichung im Internet**

**über die öffentliche Beratung**

**in der 10. Sitzung des**

**Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration**

**am 22. Februar 2017**

**in Magdeburg, Landtagsgebäude**

**Tagesordnung:**

**Seite:**

**Die gesellschaftliche Bedrohung durch Rechtsextremismus  
konsequent bekämpfen**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/476**

Alternativantrag Fraktion AfD - **Drs. 7/509**

Beratung und Erarbeitung einer vorläufigen Beschlussempfehlung

3

**Anwesende:**

**Ausschussmitglieder:**

Abg. Ulrich Siegmund, Vorsitzender	AfD
Abg. Bernhard Bönisch	CDU
Abg. Angela Gorr	CDU
Abg. Tobias Krull	CDU
Abg. Oliver Kirchner	AfD
Abg. Dr. Hans-Thomas Tillschneider (i. V. d. Abg. Marcus Spiegelberg)	AfD
Abg. Monika Hohmann	DIE LINKE
Abg. Kristin Heiß (i. V. d. Abg. Dagmar Zoschke)	DIE LINKE
Abg. Henriette Quade (i. V. d. Abg. Dagmar Zoschke)	DIE LINKE
Abg. Dr. Verena Späthe	SPD
Abg. Dr. Falko Grube (i. V. d. Abg. Andreas Steppuhn)	SPD
Abg. Cornelia Lüddemann	GRÜNE

**Von der Landesregierung:**

**vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration:**

Ministerin Petra Grimm-Benne  
Staatssekretärin Beate Bröcker  
Staatssekretärin Susi Möbbeck

**Textdokumentation:**

Stenografischer Dienst

**Vorsitzender Ulrich Siegmund** eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 9:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

### **Zur Tagesordnung:**

#### **Die gesellschaftliche Bedrohung durch Rechtsextremismus konsequent bekämpfen**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/476**

Alternativantrag Fraktion AfD - **Drs. 7/509**

Unter **Vorlage 1** liegt der Entwurf einer vorläufigen Beschlussempfehlung der Koalitionsfraktionen vor.

**Vorsitzender Ulrich Siegmund:** Über den Tagesordnungspunkt 1 wird auf Antrag der SPD-Fraktion öffentlich beraten. Ich begrüße alle Gäste recht herzlich. Ich finde es schön, dass Sie den Weg hierher gefunden haben und am aktiven politischen Leben teilnehmen möchten.

Ich möchte als Ausschussvorsitzender zu dieser Situation eine kurze Anmerkung machen. Vor einigen Monaten hatten wir im Plenum auf Antrag der AfD-Fraktion über das Thema der öffentlichen Ausschusssitzungen debattiert. Die AfD-Fraktion beantragte, Ausschusssitzungen im Landtag von Sachsen-Anhalt generell öffentlich durchzuführen bzw. der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dies wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Es ist Ihr gutes Recht, über einzelne Tagesordnungspunkte öffentlich zu beraten. Ich finde es jedoch fraglich, wenn man diese öffentliche Beratung mit einer Spendenübergabe, die vorab publiziert worden ist, verbindet. Ich möchte als Ausschussvorsitzender anmerken, dass ich nicht möchte, dass der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration in der Öffentlichkeit die Bühne für eine Spendenübergabe wird. Ich bitte darum, dies in Zukunft zu vermeiden.

**Abg. Cornelia Lüddemann (GRÜNE):** Wenn Sie schon dabei sind - ich hatte mir vorgenommen, diese Anmerkung im internen Teil der Sitzung vorzutragen -, dann würde ich diese Thematik auch in diesem öffentlichen Raum ansprechen. Ich würde Sie bitten, als Ausschussvorsitzender im Landesjugendhilfeausschuss die Überparteilichkeit zu wahren und nicht die Berichterstattung dazu zu nutzen, die anderen Fraktionen vorzuführen und eine Debatte über die Geschäftsordnung in einem absolut nicht zuständigen Gremium anzuzetteln. Es wäre meine dringende Bitte, dort keine Parteipolitik zu machen, sondern als überparteilicher Ausschussvorsitzender tatsächlich Sachargumente vorzubringen.

**Vorsitzender Ulrich Siegmund:** Das nehme ich gern auf. Ich bin völlig Ihrer Meinung, dass das so sein sollte. Ich sehe an dieser Stelle keinen Kritikpunkt meinerseits. Ich

weiß nicht, an welcher Stelle ich Parteipolitik gemacht habe, aber ich nehme Ihre Kritik auf und stehe zu Ihrer Aussage.

**Abg. Dr. Falko Grube (SPD):** Ich nehme Ihre Aussage irritiert zur Kenntnis. Wo und wann ich in diesem Haus Schecks übergebe, werde ich mir von niemandem einschränken lassen; denn erstens ist dies ein öffentliches Gebäude und zweitens bin ich frei gewählter Abgeordneter. Wenn Sie das kritisch sehen, dann nehme ich dies mit Irritation zur Kenntnis.

**Vorsitzender Ulrich Siegmund:** Sie dürfen dies sehr gern in diesem Haus machen. Das ist kein Problem. Ich finde es allerdings fraglich, wenn diese Übergabe in Beziehung zu diesem Ausschuss gestellt wird. Ich verweise auf den Raum, in dem die Ausschusssitzung stattfindet und nicht auf den Flur oder auf den Rest des Landtages.

**Abg. Dr. Falko Grube (SPD):** Sie werden gemerkt haben, dass die Scheckübergabe im Flur stattgefunden hat. Selbstverständlich hat dies im Ausschuss nichts zu suchen. Wenn Sie die Pressemitteilung richtig gelesen haben, dann haben sie gesehen, dass die Übergabe am Rande der Ausschusssitzung stattfindet und nicht im Ausschussraum. Insofern hätten Sie sich die Belehrung sparen können.

**Vorsitzender Ulrich Siegmund:** Meiner Meinung nach ging aus der Pressemitteilung nicht hervor, wo die Übergabe stattfindet. Ich nehme es aber zur Kenntnis.

**Abg. Monika Hohmann (DIE LINKE):** Ich habe eine Einlassung zu Ihrer Bemerkung zu Beginn. Es ist zum wiederholten Mal vorgekommen, dass Sie, nachdem die Öffentlichkeit hergestellt worden ist, Ihre Position als Ausschussvorsitzender dahin gehend missbraucht haben, um jedes Mal zu erwähnen, dass die AfD-Fraktion diesen Antrag gestellt habe und alle anderen Fraktionen ihn abgelehnt hätten. Das machen Sie eigentlich immer nur in öffentlichen Teilen der Sitzungen, was etwas schwierig ist. In der letzten Sitzung sind Sie bereits darauf aufmerksam gemacht worden. Ich möchte darum bitten, dass Sie das zukünftig berücksichtigen. Wenn jeder mitteilen würde, wann er was beantragt hat und dass der Antrag abgelehnt worden ist, dann wäre dies nicht dienlich.

**Vorsitzender Ulrich Siegmund:** Das nehme ich zur Kenntnis. Ich möchte aber als Erklärung darbieten, dass ich es ausschließlich aufgrund der Thematik erwähnt habe, weil diese in dem Antrag publiziert worden ist. Sie haben allerdings recht, wenn Sie sagen, dass dies im Allgemeinen vermieden sollte.

**Abg. Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):** Ich will mich erst einmal grundsätzlich zu dem Ausgangsantrag der Fraktion DIE LINKE äußern, der mit der Überschrift „Die gesellschaftliche Bedrohung durch Rechtsextremismus konsequent bekämpfen“ versehen

ist. Dieser Antrag hat mich sehr befremdet; denn er verwendet völlig weiche und definitionsoffene Begriffe und knüpft daran doch sehr harte Maßnahmen.

Die weichen Begriffe beginnen bereits in der ersten Zeile mit der Ideologie der Ungleichwertigkeit. Ich frage mich, was eine Ideologie der Ungleichwertigkeit ist. Jegliche Ideologien der Ungleichwertigkeit werden an den Pranger gestellt. Im Arbeitsrecht zum Beispiel ist es üblich, Akademiker höher einzugruppieren als Nichtakademiker, was, wenn man so will, eine Ideologie der Ungleichwertigkeit ist. Wenn Ausländer bei uns kein Wahlrecht genießen, dann ist dies eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Das kann es doch wohl nicht sein. Welche Ideologien der Ungleichwertigkeiten sind jetzt zu ächten und welche sind nicht zu ächten? An dieser Stelle fehlt mir eine trennscharfe Definition; und dem Missbrauch dieses Kampfs gegen den Rechtsextremismus und gegen die Ideologie der Ungleichwertigkeit werden dadurch Tür und Tor geöffnet.

Wenn man weiter liest, dann erkennt man recht schnell, dass es im Grunde genommen nicht gegen den Rechtsextremismus geht, sondern gegen rechts generell geht bzw. darum, dass Rechtsextremismus so verstanden wird, dass jemand der rechts ist, weil er rechts ist, schon irgendwie Extremist ist.

Es fällt ein sehr aufschlussreicher verräterischer Begriff in der dritten Zeile von unten auf. Dort heißt es, dass es jetzt auch darum gehen soll, lokale Jugendinitiativen für die Erschließung nicht rechter Erlebnisräume zu schaffen. Was bitte schön ist nicht rechts? Links-rechts ist eine binäre Opposition. Das heißt, wenn etwas nicht rechts ist, dann ist es links. Dann hätte man auch schreiben können, dass es um die Erschließung linker Lebensräume geht. Dann erkennt man ganz klar, worum es in diesem Antrag geht, nämlich um die staatliche Förderung linker politischer Einstellungen unter dem Deckmantel des Kampfs gegen Rechtsextremismus. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

Wir haben einen Gegenantrag formuliert, der auf das klare Kriterium der Gewalt und des Rechtsbruchs abstellt. Das heißt, wir lehnen Extremismus ab. Wir verstehen Extremismus so, dass der Extremist derjenige ist, der so sehr von sich und seinen politischen Einstellungen überzeugt ist, dass er sich zu Gewalt und zu Rechtsbruch legitimiert sieht. Damit haben wir ein formales Kriterium, auf das wir uns eigentlich alle einigen könnten und das es uns erlaubt, eine ganz scharfe justiziable Unterscheidung zu treffen.

Ich denke, wir dürfen uns an dieser Stelle keine Unklarheiten leisten, weil dies an dem Selbstverständnis der Demokratie rührt. Es werden Leute aus dem Bereich des demokratisch Legitimen ausgeschlossen. Wenn man das macht, dann braucht man klare Definitionen. Wir lehnen den Entwurf einer vorläufigen Beschlussempfehlung der Koalitionsfraktionen ab; denn darin wird auf sogenannte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit abgestellt. Dies ist nichts anderes als ein anderer Begriff für den Problemzusammenhang, den ich eben skizziert habe. Diesen Begriff gibt es auch erst seit ein

paar Jahren. Diesen Begriff haben sich linke Politikwissenschaftlicher ausgedacht, um ein weiteres Instrument im Kampf gegen rechts zu haben. Deshalb lehnen wir auch diesen Antrag ab.

**Abg. Henriette Quade (DIE LINKE):** Meine Fraktion hat den Antrag vorgelegt, der dieser Debatte zugrunde liegt. Insofern will ich dazu nicht mehr viel sagen.

Ich möchte etwas zum Antrag der AfD-Fraktion sagen. Die Funktion des Antrags der AfD-Fraktion ist einzig und allein, zu sagen: Erstens. Sachsen-Anhalt hat kein spezifisches Problem mit dem Rechtsextremismus. Zweitens. Jeder, der etwas anderes behauptet, gehört zur linken Vereinsmafia. Herr Dr. Tillschneider hat das eben noch einmal eindeutig belegt. Mittlerweile sind auch die wissenschaftlichen Kriterien zur Erfassung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit von linken Politikwissenschaftlern ausgedacht und irgendwie an den Haaren herbeigezogen.

Ein Beispiel für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für Ideologien der Ungleichwertigkeit ist eine Ideologie, die behauptet, Homosexuelle seien Schreibfehler der Natur, Herr Dr. Tillschneider. Insofern geht Ihr Antrag schlichtweg sachlich meilenweit am Problem vorbei und er verkennt ein strukturelles Problem. Aus politischer Sicht habe ich etwas dazu gesagt.

Ich will etwas zu dem Entwurf einer Beschlussempfehlung der Koalitionsfraktionen sagen. Ich freue mich, dass es gelungen ist, eine Beschlussempfehlung vorzulegen. Ich hatte ehrlich gesagt Zweifel daran. Ich habe bei der Einbringung des Antrages und bei der Beratung über den Antrag im Oktober gesagt, dass ich grundsätzlich eine Kritik am Verfahren der Überweisung habe, weil unser Antrag darauf abzielte, erstens im Vorfeld der Haushaltsberatung ein klares Bekenntnis des Landtages oder, wie ich sagen würde, seiner demokratischen Fraktionen abzugeben, und zweitens, einen eindeutigen Arbeitsauftrag an das Justizministerium zu formulieren. Der dritte Punkt unseres Antrages sah nämlich die Schaffung einer Stelle im Bereich des Justizministeriums vor, an die sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Bediensteten wenden können.

Ich freue mich über die Beschlussempfehlung. Ich freue mich, dass mit dieser Beschlussempfehlung wesentlichen Punkten unseres Antrages entsprochen wurde. Ich bedauere, dass der konkrete Punkt, nämlich die Schaffung einer Stelle im Justizministerium, ausgespart bleibt. Ich sehe wohl das Bekenntnis zu mehr Fortbildungsangeboten und die Bitte an die Landesregierung, diese auszubauen. Ich will anmerken, dass es hierfür Geld brauchen wird.

Ich halte die Schaffung einer Stelle im Justizministerium analog der Stelle im Innenministerium nach wie vor für absolut notwendig und für eines der wenigen Dinge, die man konkret tun kann, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz, die im Zusammenhang mit ihrer Arbeit mit Reichsbürgern konfrontiert sind, die damit konfrontiert sind,

privatrechtlich verfolgt zu werden, privatrechtlich bedroht zu werden und sich privatrechtlich schlichtweg mit diesen sogenannten Reichsbürgern auseinandersetzen zu müssen, zu unterstützen. Ich hätte es für dringend notwendig erachtet, diese Stelle einzurichten. Insofern fehlt dieser Punkt schlichtweg in dem Entwurf der Beschlussempfehlung.

Gleichwohl wird die Beschlussempfehlung unsere Zustimmung finden, weil die Punkte, die darin formuliert sind, selbstverständlich richtig sind. An der Stelle will ich die durchaus seltene Gelegenheit nutzen, der Koalition meine Anerkennung auszusprechen.

**Abg. Dr. Falko Grube (SPD):** Herr Dr. Tillschneider, dass Sie ein binäres Gesellschaftsverständnis haben, haben wir schon mitbekommen: Es geht um die oder wir, um gut oder böse, um für oder gegen. Aus unserer Sicht ist die Gesellschaft etwas komplexer als nur links oder rechts. Es gibt mindestens noch die Mitte. Auch Sie differenzieren bisweilen in der Mitte und auch links und selbst bei Ihnen rechts. Insofern sind die Einlassungen, die Sie hier machen, durchschaubar und eben nicht stichhaltig.

Ja, Menschen sind ungleich. Es gibt Männer und es gibt Frauen. Es gibt Akademiker und Nichtakademiker. Dies kann man endlos fortführen. Aber nur weil Menschen ungleich sind, sind sie eben nicht ungleich wert. Wert sind sie alle gleich. Deswegen ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit in jeglicher Form abzulehnen. Wenn Sie das anders sehen, dann finde ich das traurig.

Mit Blick auf die Frage nach Gewalt und Extremismus - ich finde es schön, dass Sie dies ansprechen - haben Sie offensichtlich kein Problem. Ich habe das im Plenum schon einmal gesagt. Ein Referent Ihrer Fraktion, der aus Fraktionsmitteln bezahlt wird, hat mit Schlägen und Tritten auf ein Transparent geantwortet. Da Sie ihn weiterhin bezahlen, muss ich davon ausgehen, dass Sie dieses Verhalten als legitim einstufen. Nach Ihrer eigenen Definition ist dies extremistisches Verhalten. Deshalb müssen Sie sich weiterhin fragen lassen, warum Sie extremistisches Verhalten aus Fraktionsmitteln bezahlen. Insofern ist das, was Sie auf das Papier gebracht haben, gleiches nicht wert.

**Abg. Cornelia Lüddemann (GRÜNE):** Frau Quade, wenn man sich einem so starken Gegensatz gegenüber sieht, wie ihn Dr. Tillschneider dargestellt hat, dann ist es manchmal sehr leicht, sich auf eine Beschlussempfehlung zu einigen. Die Welt ist eben nicht schwarz oder weiß oder rechts oder links. Die Welt hat viele Zwischentöne und denen muss man sich widmen.

Man muss sich aber auch die Zahlen ansehen. Ich will in Ergänzung dessen, was vonseiten der Koalition bereits gesagt worden ist, auf unsere Beschlussempfehlung eingehen. Es ist uns besonders wichtig, die vorhandenen Beratungsnetzwerke, die Opferhilfeeinrichtungen etc., zu stärken. Dies hat ganz eindeutig - dazu stehen wir - nicht nur eine Tendenz, sondern eine Ausrichtung gegen rechts, gegen rechte Handlungen und

gegen rechtsextreme Handlungen, weil das genau das ist, was man feststellt, wenn man sich die Lebensrealität in diesem Lande ansieht, wenn man sich die Straftaten ansieht und diese analysiert und wenn man sich den Verfassungsschutzbericht ansieht. All das gibt eine eindeutige Ausrichtung her.

Wir nehmen das Grundgesetz sehr ernst. Ich weiß, dass das nicht alle hier in diesem Raum tun; das haben Sie oft genug auch im Plenum dargestellt. Wir nehmen den Auftrag des Grundgesetzes sehr ernst. Darin kann man mit anderen Worten das nachlesen, was Herr Dr. Grube soeben über den gleichen Wert jedes Menschen gesagt hat.

Deswegen sagen wir: Wir brauchen Beratungseinrichtungen. Wir brauchen Institutionen. Wir müssen zivilgesellschaftliches Engagement stützen. Wir haben den Ansatz bei Titelgruppe 66 sehr bewusst nicht nur erhöht, sondern sogar verdoppelt, weil wir sagen, dass an dieser Stelle verstärkte Anstrengungen unternommen werden müssten.

Der Begriff gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit - das will ich deutlich sagen - klingt erst einmal durchaus akademisch, aber damit sind ganz konkret die Dinge gemeint, die wir jeden Tag in diesem Land erleben müssen, nämlich Angriffe auf Flüchtlinge, Schmähungen von Menschen, die homosexueller Ausrichtung sind. Es geht inzwischen soweit, dass Sozialarbeiter und Polizisten angegriffen werden. Das müssen wir konstatieren.

Wenn Menschen in diesem Land aufgrund einer anderen Hautfarbe, aufgrund einer anderen sexuellen Orientierung, zum Beispiel weil sie Frauen sind, angegriffen werden, dann müssen wir uns dagegen engagieren. Das tun wir in allen Fällen. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass der Hauptschwerpunkt in diesem Land im Bereich rechtsextremer Straftaten liegt.

Deswegen sagen wir ganz klar, dass diese Beratungsnetzwerke - ich komme zurück zur Titelgruppe 66 - eine besondere Stärkung erfahren müssen. Die Programme - das ist Punkt 2 unseres Entwurfes - werden wir auf Dauer fortführen, weil uns zudem an einer hohen Fachlichkeit in diesem Bereich gelegen ist.

Wir stehen für eine Gesellschaft, die den Wert der Toleranz und des Miteinander hochhält, die große Anstrengungen unternimmt, um diesen Wert wachsen zu lassen. Das wollen wir mit dieser Beschlussempfehlung ganz eindeutig nach außen tragen. Das ist mir ein wirklich wichtiges Anliegen.

Die Fallzahlen haben sich im Jahr 2015 verdoppelt. Im Jahr 2016 sind sie dann noch einmal angestiegen. An dieser Stelle ist es ganz wichtig, das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit zu stärken. Der Titel ist nicht irgendwie gefunden worden, weil es ein bundepolitisches Programm war, sondern wir haben ihn in dieser Legislaturperiode ganz bewusst in den Koalitionsvertrag geschrieben. Wir haben ganz bewusst gesagt, dass wir das Programm stärken wollen.



Wir kommen nicht weiter, Dr. Tillschneider, indem wir einfach nur schwarz-weiß denken, sondern nur, indem wir die Realitäten in diesem Land zur Kenntnis nehmen. Ich mache mir große Sorgen; denn diesen alten Talmud, dass aus Gedanken Worte werden, aus Worten Taten werden, sehen wir jeden Tag in diesem Land. Ich bin sehr froh, dass wir uns zu dieser Beschlussempfehlung vereinbaren konnten.

Was jetzt konkret im Bereich Justiz mit Blick auf die Reichsbürger getan werden kann, sollte man im Nachgang separat und gesondert besprechen. An dieser Stelle lässt sich möglicherweise konkret etwas tun.

Ich glaube, diese Beschlussempfehlung ist ganz wichtig, um das, was wir im letzten Jahr in anderen Beschlüssen gemacht haben, nämlich zu zeigen, dass es eine übergroße Mehrheit in diesem Land gibt, die sieht, wo der Feind steht und die in der Tat bereit ist, Taten dageganzusetzen, fortzusetzen und dafür Mittel in die Hand zu nehmen und gemeinsam dagegen zu agieren.

**Abg. Tobias Krull (CDU):** Punkt 1 unserer Beschlussempfehlung kann man inhaltlich im Koalitionsvertrag wiederfinden. Von daher ist es konsequent, dass wir uns als Koalitionsfraktionen an dieser Stelle einigen konnten. Wobei ich gerade überlegen muss, wie das bei einigen meiner Fraktionskollegen ankommt, wenn ich ihnen sage, dass ich von Frau Quade für eine Beschlussempfehlung gelobt wurde. Darüber werde ich an anderer Stelle nachdenken müssen.

Die finanzielle Untersetzung ist bei den Beratungen über den Haushaltsplan 2017/2018 erfolgt. Wir konnten uns als Koalition auch auf diese Beschlussempfehlung einigen, weil die Kollegen von der SPD und den GRÜNEN mit der Forderung der CDU, sich gegen jede Form von Extremismus auszusprechen, mitgegangen sind, wobei uns natürlich bewusst ist, dass gerade im Bereich der Gewalttaten Rechtsextremismus überwiegt, aber es gibt auch linksextremistische Gewalt. Es war uns wichtig, beide Formen in die Beschlussempfehlung aufzunehmen, weil - das ist eine persönliche Aussage - mir egal ist, unter welchem ideologischen, politischen oder religiösen Vorwand jemand zuschlägt. Er macht etwas falsch und das sollte an der Stelle deutlich werden.

Von daher freut es mich, dass der Beschlussempfehlung offensichtlich eine große Mehrheit zustimmen wird. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu der Beschlussempfehlung.

**Abg. Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):** Ich will jetzt summarisch auf das antworten, was in den letzten Redebeiträgen gesagt wurde. Zum Verhalten unseres Referenten ist zu sagen, dass es sich in diesem Fall um eine Notwehrsituation gehandelt hat. Die Gewalt ging nicht von uns aus. Ich war zwar nicht dabei, aber ich habe mir einige Videos angeschaut. Es war ganz klar so, dass die linken Aggressoren mit Gewalt ver-

sucht haben, diese Veranstaltung zu verhindern. Ich war froh, dass Herr H. dabei war; denn er hat unsere Leute geschützt. Das zu diesem Punkt.

Mit Blick auf den Punkt Gewalt täte Ihnen, Frau Lüddemann, ein bisschen Selbsterkenntnis gut. Achten Sie einmal auf die Gewalt in Ihrer Sprache. Dieser ganze apodiktische Gestus, wo der Feind steht, null Toleranz, etc., diese verbale Gewalt, die Sie ständig an den Tag legen, ist das verbale Vorfeld, das dann in linke Straßengewalt mündet.

Zur Würde des Menschen. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Alle Menschen sind mit Würde geboren, weil sie frei sind, weil sie vernunftbegabt sind. Ich habe Immanuel Kant auch gelesen. Das ist die Würde des Menschen. Aber was folgt daraus? Daraus folgt nicht: Alles für alle, überall, und zwar sofort. Den Eindruck hat man, wenn man Ihre Argumentation verfolgt.

Mit dem Argument der Würde des Menschen würden Sie am liebsten das Ausländerwahlrecht einführen, Sie würden jedem Migranten sofort einen Hartz-IV-Anspruch verleihen etc. Das kann es nicht sein. Es ist sogar ein Missbrauch der Würde des Menschen. Es ist ein Missverständnis der Würde des Menschen. Wer die Würde des Menschen für diese schäbigen politischen Argumentationen verwendet, der zieht sie in den Dreck. Das ist meine Auffassung dazu.

Zu den binären Oppositionen. Wissen Sie, die grundlegendste binäre Opposition ist natürlich die zwischen wahr und falsch. Dass Sie damit unter Umständen ein kleines Problem haben, leuchtet mir schon ein.

Ich habe in meinem Redebeitrag, in dem ich von dem Fehler der Natur gesprochen habe, nicht Schreibfehler der Natur gesagt. Das will ich klarstellen. Es war ein Zitat in einem Zitat. Ich habe Robert Spaemann, einen katholischen Sozialphilosophen, zitiert. Dieser hat Aristoteles zitiert, und zwar hat er ihn so zitiert. Es gibt Fehler der Natur, schreibt Aristoteles. Spaemann zitiert Aristoteles. Spaemann ist ein anerkannter katholischer Sozialethiker.

Der Argumentation von Frau Quade kann ich entnehmen, dass die katholische Sozialethik und die katholische Dogmatik auch eine Ideologie der Ungleichwertigkeit ist und mit diesem Programm bekämpft gehört. Das ist doch wohl absurd. Ich finde, dafür sollte kein Cent Steuergeld ausgegeben werden.

**Abg. Oliver Kirchner (AfD):** Ich möchte kurz zu den Ausführungen von Frau Lüddemann Stellung nehmen. Sie sprach von Lebensrealität, von hoher Fachlichkeit und von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Das ist soweit alles schön und gut, allerdings vergessen wir bei diesem wichtigen Thema die Gewalttaten. Ich hatte dies schon mehrfach angesprochen. Ich mache keinen Unterschied, ob es zwei religiöse Strafta-

ten gibt. Ich mache keinen Unterschied, ob es 109 Straftaten von rechts gibt und ich mache auch keinen Unterschied, ob es 54 Straftaten von links gibt. Sie sind alle zu verurteilen. Jeder, der einen Menschen wegen eines politischen Willens angreift, gehört bestraft. Dabei ist es mir vollkommen egal, ob er von links oder von rechts oder von sonst woher kommt. Das vermisse ich in beiden Anträgen vollkommen.

In der Überschrift - das hat Herr Krull geschildert - wird zwar von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gesprochen, aber im ersten Textblock wird von vorhandenen Beratungsnetzwerken und Opferhilfeinstitutionen gesprochen. Es gibt keine Opferhilfeinstitution, in der linke Gewalt eine Rolle spielt. Diese sind genauso mit Fördermitteln zu fördern wie die Opferhilfeinstitution für Opfer rechter Gewalt. Das vermisse ich in beiden Anträgen, weshalb diese abzulehnen sind. Dass dies in der Überschrift erwähnt wird, ist löblich, aber inhaltlich findet es sich in diesen vier Punkten nicht wieder und das ist meiner Meinung nach ein großer Fehler.

**Abg. Henriette Quade (DIE LINKE):** In Bezug auf die Frage der Veranstaltung an der Uni Magdeburg und zur Gewaltanwendung und von, wem wie Gewalt ausging: Wissen Sie, ich kann mit Facebook und dem ganzen Krams privat eigentlich nicht so viel anfangen. In diesem konkreten Fall bin ich dankbar, dass es sehr eindeutige Statements und darüber hinaus sehr eindeutige Videos gibt, die belegen, von wem die Gewalt ausging. Wenn Sie ernsthaft behaupten wollen, dass Sprechchöre Gewalt sind, dass Artikulationen von Willen Gewalt sind, die die Gewalt, die von Herrn H. ausging, legitimieren, dann zeichnet das eindeutig das Bild von legitimer Gewalt in den Augen der AfD-Fraktion.

Ich bin froh, dass es nicht Ihnen, Herr Dr. Tillschneider, obliegt, zu beurteilen, wer Würde hat und wer sich missbräuchlich auf Würde beruft. Ich bitte Sie, das ist doch absurd, das sind doch Allmachtsfantasien, die Sie hier äußern.

Zu guter Letzt eine Bemerkung zu den Aussagen von Herrn Krull. Herr Krull, ich wage die Prognose, dass die einstimmige Zustimmung Ihrer Fraktion zu diesem Beschlussvorschlag so oder so wackelt. Es ist also relativ egal, ob Sie sich auf ein positives Votum meinerseits beziehen oder nicht.

**Abg. Dr. Falko Grube (SPD):** Ich würde mich freuen, wenn die Aussage von Herrn Tillschneider wörtlich im Protokoll steht. Ich finde, es ist entlarvend, dass Sie begrüßen, was dort passiert ist. Ich finde es entlarvend, dass Sie begrüßen, dass Ihr Referent zuerst zugeschlagen hat. Nein, es war keine Notwehrsituation. Tritte und Schläge gegen ein Plakat bezeichne ich nicht als Notwehr. Wenn es für Sie politische Situationen gibt, in denen Gewaltanwendung per se - das entnehme ich Ihrer Aussage - legitim ist, dann legitimieren Sie hiermit politische Gewalt und das finde ich bemerkenswert, aber im Übrigen nicht verwunderlich.

Herr Dr. Tillschneider, so viel zur intellektuellen Redlichkeit. Zitate, die man verwendet, macht man sich zu eigen. Indem Sie das Zitat verwendet haben, machen Sie es sich zu eigen. An dieser Stelle ist mir die Exegese relativ egal. Im Übrigen ist es natürlich auch eine Frage von gesellschaftlichen Realitäten, wo Philosophien entstehen. Wenn man Aristoteles tatsächlich 2 500 Jahre danach wortwörtlich zitiert und auf heutige gesellschaftliche Gegebenheiten anwendet, dann lässt das tief blicken.

Herr Kirchner, dass Sie mit Blick auf Quantität keinen Unterschied zwischen den Gewalttaten machen, kann ich mir vorstellen. Das geht auch gegen Ihre Argumentation. Sie haben kein Problem mit rechten Gewalttaten. Wir haben das gerade gemerkt; denn Sie haben jemanden in der Fraktion sitzen. Insofern bleibe ich dabei: Was Sie als Lippenbekenntnisse vorbringen, nämlich dass Sie gegen Gewalt sind, dass Sie gegen linke Gewalt sind, macht deutlich: Sie sind gegen links und alles, was jenseits von Ihnen ist, ist links.

Sie haben auch im Plenum gesagt - nicht Sie persönlich, sondern jemand aus Ihren Reihen -, dass sogar die CDU linksversifft sei. Bei dem Begriff linksversifft bin ich dann bei dem, was Sie an verbaler Aggression vorbringen. Die verbale Aggression, die hier im Parlament derzeit existiert, geht zum großen Teil von der AfD aus. Sie bezeichnen andere als Krankheiten. Hätten wir keine gute Kinderstube gehabt, würden wir Sie als rechtsversifft bezeichnen. Da versifft von Syphilis kommt, wird dieses Wort nicht über meine Lippen kommen. Insofern sind Sie jemand, der die Aggression für sich schon so selbstverständlich hat, dass man hierfür keine Worte findet. Dass Sie jetzt diesen Vorwurf gebrauchen, finde ich ein starkes Stück.

**Vorsitzender Ulrich Siegmund:** Ich möchte alle Beteiligten bitten, verbal ein wenig abzurüsten, die persönliche Ebene zu verlassen und sich mehr auf die Sachthematik zu beziehen.

**Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):** Natürlich mache ich mir das Zitat zu eigen. Ich habe auch nichts anderes gesagt. Ich wollte nur den Wortlaut klarstellen. Aristoteles mache ich mir mit großem Vergnügen zu eigen.

Zu der Gewalt. Nach meinem Eindruck war es so, dass die linken Schläger die Bühne gestürmt haben. Es ging darum, die Veranstaltung durch Präsenz zu verhindern. Sie sind den einlaufenden Dozenten und der Gruppe in aggressiver Weise entgegengegarant und wollten verhindern, dass der Vortrag aufgenommen wird. Dabei kam es zu einem Gerangel. Der Grundimpuls ging ganz klar von den Gegendemonstranten aus.

Dass uns so etwas fernliegt, sehen Sie daran - das ist offenkundig -, dass es in der Zeit, in der es die AfD gibt, niemals eine AfD-Hochschulgruppe oder eine JA-Gruppe, die sind manchmal etwas hitzig, auch nur versucht hat, irgendeine linke Veranstaltung zu sabotieren oder zu blockieren. Auf ein solches Niveau lassen wir uns nicht herab, so

etwas machen wir nicht. Dafür werden Sie kein Beispiel finden, da können Sie googeln, bis Sie schwarzwerden und alle Zeitungsberichte lesen. Das machen wir nicht. Daran sieht man ganz klar, von wem die Gewalt ausgeht.

**Abg. Tobias Krull (CDU):** Eine kleine Vorbemerkung sei mir gestattet. Ich dachte, wir reden heute über die Anträge und wiederholen nicht an mancher Stelle die Debatte aus dem letzten Plenum. Für Opfer linker Gewalt gibt es selbstverständlich entsprechende Beratungsstellen, zum Beispiel den Weißen Ring, dessen ehrenamtliches Engagement ich sehr schätze. Des Weiteren ist niemandem verwehrt, entsprechende Projekte aufzulegen und Fördermittel zu beantragen.

Frau Quade, in Bezug auf die Frage, ob wir dafür eine Mehrheit in der Fraktion haben, ist zu sagen, dass bei uns in der Fraktion ein gewisses Vertrauensverhältnis herrscht. Wenn ein Sprecher eine Beschlussempfehlung abstimmt, dann wird der Empfehlung in der Regel auch gefolgt. Das sind meine Sorgen, das müssen nicht Ihre Sorgen sein.

**Abg. Cornelia Lüddemann (GRÜNE):** Ich möchte zwei fachliche Ergänzungen zu dem, was jetzt im Ausschuss besprochen und in der Beschlussempfehlung niedergelegt ist, machen. Im Innenausschuss wird über den Sachsen-Anhalt-Monitor gesprochen. Diesbezüglich will ich daran erinnern, dass wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, dass es dort Einstellungsuntersuchungen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geben wird. Das ist der Maßstab, an dem wir uns orientieren. Ich will mich an dieser Stelle nicht auf irgendwelche Quantitätsdebatten einlassen, aber dies wird uns die Grundlage geben, um die fachliche Arbeit mit den Beratungsnetzwerken gemeinsam nachzusteuern.

Zudem soll eine sogenannte - das ist das landläufige Wort, darunter kann man sich mehr vorstellen - Internetstreife installiert werden. Damit soll alles das, was unter dem Schlagwort Hate speech, was aus meiner Sicht eine Vorstufe zu anderen Gewalttaten ist, insbesondere in sozialen Netzwerken aufgespürt und wenn möglich sanktioniert werden.

Ich denke, im Zusammenspiel all dieser Maßnahmen sind wir in Sachsen-Anhalt gut aufgestellt. Wir werden in den nächsten zwei Jahren sehr eng mit den entsprechenden Fachleuten, die über Landesmittel gefördert werden - ich glaube, dass das ein verantwortungsvoller Umgang mit Landesmitteln ist - zusammenarbeiten und die Landesmittel dort einzusetzen, wo tatsächlich ein hoher Bedarf besteht und dies auch weiter qualifizieren.

**Abg. Oliver Kirchner (AfD):** Ich wollte kurz zu der Aussage von Herrn Dr. Grube Stellung beziehen. Herr Dr. Grube, es ist sehr unredlich, wenn Sie davon sprechen, dass von meiner Person der Begriff linksversifft im Plenum verwendet worden ist. Sie werden keine Rede finden, in der ich diesen Begriff verwendet habe. Auch das Wort

Krankheit habe ich im Zusammenhang mit linker Gewalt nie verwendet. Ich bitte darum, dass das nicht so publiziert wird, als wenn ich es gesagt habe, oder Sie nennen mir die Quelle, aus der Sie dies haben. Allerdings ist diese nicht vorhanden. I

Ich möchte Ihnen noch eines sagen: Was an der Uni passiert ist, haben zum Glück nicht Sie oder Frau Quade zu klären, sondern die Justiz und die Polizei und diese sind bereits auf einem sehr guten Weg. Das wollte ich sagen. Von daher sollten wir uns bei solchen Dingen zurückhalten. Wir haben nicht zu entscheiden, wer angefangen hat und wer nicht und wer wen verletzt hat oder wer nicht. Das haben die Justiz und die Polizei zu entscheiden. Die Strafverfahren sind eingeleitet und wir werden sehen, was dabei herauskommt. Vorher müssen wir über solche Dinge im Ausschuss nicht diskutieren.

**Abg. Dr. Falko Grube (SPD):** Mir ist schon klar, dass Sie darüber nicht reden wollen. Es liegt auf der Hand, warum das so ist. Sind Sie sicher, dass Sie bei dem Wort linksversifft und bei den Klatschorgien, die ihm folgen, nie mit geklatscht haben? Das kann ich mir relativ schlecht vorstellen. Im Übrigen ist es auch Pars pro Toto. Sie sitzen hier als Vertreter der AfD. Ich habe nicht Sie persönlich, sondern Sie als Fraktionsvertreter gemeint. Das Wort linksversifft kommt in den Reden der Vertreter Ihrer Fraktion - Vertreterinnen, weiß ich nicht, aber mindestens Vertreter - so oft vor, dass Sie es an dieser Stelle überhaupt nicht leugnen können. Ich weiß nicht, ob Sie das versuchen wollen.

Herr Dr. Tillschneider, ich werbe zumindest für eine argumentative Stringenz. Ihre Eingangsworte waren, dass Sie gern eine Definition der Dinge haben möchten, die in dem Antrag formuliert sind. Das kann man so machen. Dann sagen Sie bei der Bewertung dessen, was an der Uni passiert, haben Sie Eindrücke. Wie passt denn das zusammen? Einmal knallharte Definitionen verlangen und dann von Eindrücken sprechen. Das passt nicht zusammen. Wenn, dann muss man das irgendwie durchhalten, aber mein Eindruck ist, Sie möchten das nicht.

**Vorsitzender Ulrich Siegmund:** Ich bitte darum, die persönliche Ebene zu verlassen. Ich verstehe, dass es nicht immer einfach ist, wenn man persönlich angesprochen wurde, weil man persönlich widersprechen möchte. Das würde mir genauso gehen. Wir sind aber heute hier - an dieser Stelle gebe ich Herrn Krull recht -, um über die Beschlussempfehlung und die Anträge zu debattieren.

**Henriette Quade (DIE LINKE):** Ich will auf eine Sache Bezug nehmen, die Herr Dr. Tillschneider geäußert hat und die man so einfach nicht stehen lassen kann, nämlich die Behauptung, es gebe im Umfeld der AfD, bei der JA oder bei Mitarbeitern niemals eine Tendenz dazu, Veranstaltungen, die einem selbst nicht gefallen, zu stürmen. Das ist schlichtweg nicht wahr. Ich möchte etwas zitieren, was bereits im Landtag zi-

tiert worden ist, was aber sehr deutlich belegt, dass die Aussage von Herrn Dr. Tillschneider schlichtweg nicht haltbar ist.

Es ist eben jener Herr H., der für Sie arbeitet. Kommen Sie mir jetzt nicht mit der Nummer, Fritz H. gibt es in Ihrer Fraktion nicht. Das ist ein Pseudonym. Der Artikel, auf den ich mich beziehe und aus dem ich gleich zitieren werde, ist namentlich gekennzeichnet und zudem mit einem Foto des Autors gekennzeichnet. Dieser Artikel ist also sehr einfach zuzuordnen.

Ich zitiere aus den Burschenschaftlichen Blättern, die im Übrigen laut Aussage des Verfassungsschutzes eine rechtsextreme Publikation sind. Es geht in diesem Artikel unter der Überschrift „Physische Präsenz zeigen und Kräfte bündeln“, um geeignete Aktionsformen für die Burschenschaften in den Augen des Autors.

**Vorsitzender Ulrich Siegmund:** Frau Quade, darf ich Sie unterbrechen. Ich möchte Sie fragen, was das mit der Beschlussempfehlung zu tun hat?

**Abg. Henriette Quade (DIE LINKE):** Der Bezug zu der Debatte ist einfach zu erklären. Ich beziehe mich auf das, was in der Debatte geäußert worden ist.

**Vorsitzender Ulrich Siegmund:** Auf die Äußerung von Herrn Dr. Tillschneider?

**Abg. Henriette Quade (DIE LINKE):** Richtig. Ich habe meinen Beitrag auch entsprechend eingeleitet. - Da der Autor auch für die AfD arbeitet, gehe ich davon aus, dass diese Auffassung in der AfD toleriert und bewusst gewollt wird. So, wie ich die Pressemitteilung der AfD zum bewussten Bekenntnis zu Mitarbeitern, die sich im burschenschaftlichen Milieu bewegen, in dieser Woche gelesen habe, ist das auch nur so anzunehmen.

Ich zitiere:

*„Darüber hinaus ist es längst an der Zeit, als Deutsche Burschenschaft auch physisch wieder mehr Präsenz an den Hochschulen zu zeigen.“*

Es kommt eine kleine Auslassung.

*„Folgendes wäre dabei sicherlich eine Überlegung wert, wenngleich es der ein oder andere auch als naiven Sturm- und Drangaktivismus abtun wird oder der Ansicht sein mag, so etwas gehörte sich nicht für unsereins: Mindestens einmal pro Semester sucht man als Verband, durch einen Ob-Mann zum Beispiel, eine typische linke AStA-Veranstaltung heraus, bei der es sich anbietet, dass man gegen sie vorgeht.“*

*Sei es durch pure Anwesenheit, Blockade, Flugblatt- oder Banneraktionen oder sonstige Maßnahmen, die geeignet erscheinen, eindrucksvoll, aber in den Mitteln zunächst und zumindest weitgehend friedlich, für eine Gegenöffentlichkeit zu sorgen.“*

Ich bitte Sie: Das, was Sie zu Ihrem Verhältnis zu Störungen von Veranstaltungen vorgetragen haben, ist als nichts anders als eine Lüge zu bezeichnen.

Zu dem Verhältnis zwischen Sprache und Gewalt hat Herr Dr. Grube hinlänglich ausgeführt. Es ist schlichtweg eine verlogene Debatte, die Sie betreiben. Über das Verhältnis zwischen Gewalt und Sprache kann man, wenn man sich die Sitzungen des Landtages des letzten Jahres anschaut und die Ereignisse auf den Straßen ins Verhältnis dazu setzt, wie Übergriffe auf Geflüchtetenunterkünfte, die Verbreitung von Falschbehauptungen, die dann zu Hetzjagden führen, sehr aufschlussreich lernen, dass der Ball eindeutig bei Ihnen liegt. Dazu haben Sie keiner Fraktion, die hier sitzt, irgendetwas Relevantes mitzuteilen.

**Abg. Bernhard Bönisch (CDU):** Ich war schon geneigt, auf meine Wortmeldung zu verzichten, nachdem Sie noch einmal darauf hingewiesen haben, worum es heute geht und auch noch mal Herrn Krull mit seinem Ansinnen zitiert haben, aber nach der Rede von Frau Quade will ich deutlich sagen: Mir gleitet die Debatte so sehr in parteipolitische Diffamierungen des jeweils anderen und Lob der eigenen Positionen ab, dass ich an alle appellieren möchte, wieder das Niveau zu suchen, das wir eigentlich normalerweise pflegen und uns mit Sachen zu beschäftigen und nicht mit den politischen Gegnern und mit den eigenen Egos.

**Abg. Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):** Ich hätte verzichtet, aber da die AfD, da ein Referent angegriffen wurde, muss ich mich doch noch einmal äußern. Herr Dr. Grube unterstellt mir, dass ich intellektuell unredlich sei, weil ich einerseits auf klare Definitionen und Begriffe bestehe und andererseits ein Urteil auf Eindrücke stütze. Ich verstehe nicht, was daran unredlich sein soll. Ich war damals in Magdeburg nicht dabei. Ich kann das, was ich davon weiß, nur wissen, indem ich mich aus Quellen informiere. Ich habe kein Augenzeugenwissen. Dass ich das, was ich weiß, als Eindruck kennzeichne, ist nicht intellektuell unredlich, sondern das ist epistemologisch richtig. Sie wollten mir eins reinwürgen, aber irgendwie klappt das nicht. Ich verstehe es nicht. Das ist Punkt 1.

Punkt 2. Zum Fall H. Es ist schon sehr abenteuerlich, über welche Kaskaden Frau Quade uns jetzt zurechnet, dass wir Gewalt befürworten. Es gibt einen Referenten, der für die Burschenschaftlichen Blätter schreibt, die mit der AfD nichts zu tun haben. Darin äußert er eine Meinung, die vielleicht auch nur seine Meinung ist. Ich kenne die Burschenschaftlichen Blätter nicht so genau, aber darin wird auch stehen, dass sich die



Redaktion nicht die Meinung von einzelnen Artikeln zu eigen macht. Dann soll dies auf einmal die Auffassung der AfD sein? Das ist sehr abenteuerlich, und mit diesen Kaskaden des Verdachts und der Verdächtigungen sollte man sehr vorsichtig sein, auch mit dem Vorwurf der Lüge. Eine Lüge ist, wenn man bewusst die Unwahrheit sagt und nichts anderes.

Zu der Auffassung von Herrn H. Ich will dem gar nicht ausweichen. Natürlich gab es unter den Burschenschaften, zu denen wir uns bekennen, und im rechten Milieu, zu dem ich mich auch rechne und an dem überhaupt nichts Ehrenrühriges ist, eine Debatte über die Frage, ob man die Methoden der Antifa kopieren sollte, ob man also Gleiches mit Gleichem vergelten soll. Dazu sage ich nein. Ich war schon immer strikt dagegen.

In der Winterakademie in Schnellroda gab es eine Podiumsdiskussion mit Martin S., Jan Wenzel Schmidt, mir und Herrn L., bei der es um dieses Thema ging. Wir haben einen breiten Konsens darüber erzielt, dass wir uns ohne Wenn und Aber zur Gewaltfreiheit bekennen und dass wir diese Position, die Herr H. aus einer Situation der Not heraus vertreten hat - - Wir haben uns gefragt, was können wir tun und dann kam eben auch der Gedanke auf: Machen wir es so wie die Antifa. Aber dazu sage ich nein, auf dieses Niveau lassen wir uns nicht herab und das ist auch die Position der AfD.

**Abg. Tobias Krull (CDU):** Erster Punkt. Sie haben ein etwas undifferenziertes Bild über die Landschaft der Burschenschaften gezeichnet, auch an dieser Stelle gibt es unterschiedliche Ausrichtungen. Daher wäre ich vorsichtig, dies pauschalisiert auszudrücken, was ein wenig durchklang. Zweiter Punkt. Ich kann mich eigentlich nur meinem Fraktionskollegen Herrn Bönisch anschließen: Bleiben wir beim Thema und versuchen wir, allgemeinerpolitische Diskussionen nicht bei der Diskussion über ein Fachthema zu führen.

**Vorsitzender Ulrich Siegmund:** Das realisieren wir jetzt, in dem wir in das Abstimmungsverfahren eintreten. Die Rednerliste ist geschlossen.

Ich stelle zunächst die Beschlussempfehlung der Koalitionsfraktionen zur Abstimmung. Die Beschlussempfehlung wird noch redaktionell überarbeitet, beispielsweise mit Blick auf die Drucksachenummer. Nichtsdestotrotz können wir nun über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Koalitionsfraktionen sowie die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der AfD. - Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Es erübrigen sich die Anträge der Fraktion DIE LINKE sowie der Alternativantrag der Fraktion der AfD.

Ich schliesse den Tagesordnungspunkt 1.

Schluss der Sitzung: 10:22 Uhr.